



FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier

beschlossen in Berlin am 14. Dezember 2010

Chancengerechtes Aufwachsen ermöglichen – Bildungsaufstieg fördern!

Bildungsarmut und Chancengerechtigkeit

Bildung ist *der* Schlüssel für sozialen Aufstieg in unserer Gesellschaft und gerade auch vor dem Hintergrund des immer weiter um sich greifenden Fachkräftemangels *die* soziale Frage unserer Zeit. Für die FDP ist Bildung ein Bürgerrecht und eine entscheidende Investition in die Zukunft unseres Landes. Aus diesem Grund setzen wir in der christlich-liberalen Bundesregierung einen Schwerpunkt auf Bildung und Forschung.

Der Zusammenhang zwischen Einkommensarmut von Familien, geringen Bildungschancen und subjektiv empfundener Perspektivlosigkeit ist hinlänglich bekannt. Auch wenn die Veröffentlichung der ersten PISA-Studie im Jahr 2001 als Initialzündung für diese Erkenntnis gehandelt wird, reicht das Wissen über Fragen der Ungleichheit im deutschen Bildungssystem sehr viel weiter zurück. Bereits in den sechziger Jahren prangerte der Liberale Ralf Dahrendorf mit dem Bild des „katholischen Arbeitermädchens vom Lande“ die mangelnden Chancen und Leistungsungerechtigkeiten im deutschen Bildungswesen an und ebnete damit der einsetzenden Bildungsexpansion den Weg. Seitdem haben sich die Attribute der Risikogruppe verändert. Mittlerweile werden vorwiegend männliche Jugendliche aus urbanen Migrationsmilieus als potentielle Bildungsverlierer betrachtet. Das zugrunde liegende Problem, nämlich eine faktische Ausgrenzung einer Bevölkerungsgruppe von der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, ökonomischen und politischen Leben, besteht aber weiterhin fort. Daran wird sich voraussichtlich erst etwas ändern, wenn die Gesamtheit der in Deutschland lebenden Bevölkerung ein schulisches Kompetenzniveau erreicht, welches ein eigenverantwortliches Leben in unserer modernen Gesellschaft möglich macht. Durch bessere Bildungschancen für Benachteiligte wollen wir Brücken in ein selbstverantwortliches, eigenständiges Leben bauen und eine Leiter für den sozialen Aufstieg bereitstellen.

Will man diesen Weg konsequent verfolgen, so gilt es zunächst, die bildungsbezogenen Mindeststandards zu ermitteln, die ein Bürger benötigt, um am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können. Internationale Vergleichsstudien konzentrieren sich vornehmlich auf die Feststellung relativer Bildungsarmut innerhalb der Zielbevölkerung. Dabei werden im Kompetenzspektrum Stufen festgelegt und zueinander in ein Verhältnis gesetzt. Bei

PISA wählte man fünf Niveaus, wobei das Nichterreichen der untersten Stufe mit „funktionalem Analphabetismus“ gleichzusetzen wäre. Deutschland weist hierbei eine Quote von circa zehn Prozent derartig kompetenzarmer Jugendlicher auf.

Doch mit Blick auf den persönlichen Werdegang und die subjektiven Zukunftschancen sind in Deutschland Abschlusszertifikate von noch wesentlicherer Bedeutung als die informellen Kompetenzniveaus. Nicht die Dauer des Schulbesuchs, nicht die erlangten Kompetenzen oder Fertigkeiten sind es, die über den weiteren Weg entscheiden. Das Fehlen eines Hauptschulabschlusses bzw. eines beruflichen Bildungsabschlusses ist hierzulande ein „hartes, klares Merkmal für Unterversorgung“ (Allmendinger). Deswegen muss es beunruhigen, wenn 7,5 Prozent eines Altersjahrganges die Schule ohne diese formale Mindestbefähigung verlässt.

Allerdings bleibt anzumerken, dass nur ein vergleichsweise kleiner Anteil (26,5%) der entsprechenden Schulabgänger ohne Abschluss eine Hauptschule besucht hat. Der überwiegende Anteil an Zertifikatslosen stammt aus Förderschulen. Insgesamt verlassen mehr als drei Viertel der Schülerinnen und Schüler diese Bildungseinrichtungen ohne einen Abschluss. Doch mit dem sich abzeichnenden Ende der Mehrheit an Förderschulen wird die Frage nach der Zukunftsperspektive des vormals hier beschulten Personenkreises neu aufgeworfen.

Mit Deutschlands Beitritt zur UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen sehen sich die Länder verpflichtet, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in das Regelsystem aufzunehmen und inklusiv zu beschulen. Für viele behinderte Kinder ist der Besuch einer allgemeinen Schule die individuell bessere Lösung. Deshalb will die FDP den gemeinsamen Unterricht weiter ausbauen. Für uns ist die allgemeinbildende Schule der vorrangige Lernort auch für behinderte Kinder. Verbesserte Wahlmöglichkeiten setzen jedoch eine Pluralität der Förderangebote voraus. Förderschulen und allgemeine Schulen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen als ergänzende Angebote zum Wohle aller Kinder genutzt werden. Letztlich werden sich Grund-, vor allem aber Haupt-, Gesamt- oder Sekundarschulen neu ausrichten und ihre Leistungen auf den Förderbedarf jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen einstellen müssen. Um diese Herausforderung dauerhaft und erfolgreich meistern zu können, müssen Schulen in ihrer Eigenständigkeit gestärkt werden, denn Inklusion und zentrale Bildungsplanung

und -steuerung schließen sich naturgemäß aus. Zudem werden wir die Leistungsfähigkeit der Bildungseinrichtungen erhöhen müssen, um die Abschlussquote im Hauptschulsegment unter Wahrung der Standards steigern zu können.

Bildungsexpansion und Bildungsaufstieg - Herausforderungen der Zukunft

Es ist ein zentrales liberales Anliegen, den unheilvollen Kreislauf der Bildungsarmut zu durchbrechen und heranwachsenden Generationen, gerade auch aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Milieus, die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

Um den Anteil der als bildungsarm zu bezeichnenden Bevölkerung spürbar reduzieren zu können, bedarf es miteinander vernetzter Maßnahmen, die vor allem frühzeitig, aber auch bedarfsweise später im Sozialisations- und Bildungsverlauf ansetzen. Deswegen muss ein solcher systematischer Ansatz auf ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen setzen, um Brüche bei der Förderung zu vermeiden und einen effektiven Mitteleinsatz zu gewährleisten. Auch wenn zusätzliche finanzielle Anstrengungen im Sinne des zwischen Bund und Ländern verhandelten 7-Prozent-Ziels¹ unerlässlich sind kann die Überprüfung, der Ausbau oder die Zusammenführung singulärer Maßnahmen schon bei vergleichsweise geringem Kostenaufwand eine spürbare Wirkung entfalten, wodurch sich teure Folgekosten erübrigen. Dementsprechend führt der Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm in einer aktuellen Studie² für die Bertelsmann Stiftung auf, dass die Aufwendungen für das Nachholen von Hauptschulabschlüssen pro Altersjahrgang eine Summe von rund 204 Millionen Euro verschlingt – dieses Geld sei in präventiven Maßnahmen bei der frühzeitigen individuellen Förderung der gefährdeten Jugendlichen besser aufgehoben.

Frühkindliche Bildung

Der erste Wissenserwerb findet im Kreis der Familie statt. Hier sammeln Kinder frühe Erfahrungen und setzen sich mit ihrer Umwelt auseinander. Die hier erfolgte Prägung beeinflusst die späteren Entwicklungschancen der Kinder maßgeblich. Im Regelfall

¹ Im Rahmen des Dresdner Bildungsgipfels beschlossen Bund und Länder die Ausgaben für Bildung (7%) und Forschung (3%) auf insgesamt 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukt zu steigern.

² Hierzu: „Jugendliche ohne Hauptschulabschluss – Analysen, Regionale Trends, Reformansätze“(2010)

leisten Eltern eine hervorragende pädagogische Arbeit, die zunehmend durch eine systematische Förderung durch Kindertagesstätten und Tageseltern ergänzt wird. Die Arbeit der frühkindlichen Bildungsinstitutionen wirkt sich durchgehend positiv auf den späteren Schulerfolg der Kinder aus. Mehrere Studien haben mittlerweile belegt, dass ein frühzeitiger Kita-Besuch das Sprachvermögen und die Entwicklung des Kindes positiv beeinflussen. Deswegen ist und bleibt der Ausbau der frühkindlichen Förderinfrastruktur durch Bund und Länder richtig. Dabei gilt es, noch mehr Aufmerksamkeit der Qualität der Betreuung³ und der Qualifizierung des Erzieherpersonals zu widmen. Die Fachkräfte müssen noch stärker als bisher im Bereich der Diagnostik, der Sprachförderung und im Umgang mit Entwicklungs- und Lerndefiziten geschult werden. Daher ist es konsequent, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit der Europäischen Union und der Robert Bosch Stiftung im Rahmen der „Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte“ (WiFF) eingebracht hat und die Länder beim Aufbau von Qualifizierungsangeboten bis hin zur Einführung akademischer Ausbildungsgänge im Bereich der Frühpädagogik tatkräftig unterstützt. Mittelfristig sollten zumindest die Einrichtungsleiterinnen und -leiter eine entsprechende Hochschulqualifikation aufweisen. Hierfür wollen wir durch einen weiteren Ausbau der Bildungsangebote die Voraussetzungen verbessern.

Die Bundesländer haben auf der Grundlage des „Gemeinsamen Rahmens der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ Bildungspläne bzw. -vereinbarungen erstellt. Damit sollen die Bildungsanstrengungen in Kindertageseinrichtungen intensiviert werden. Der Erwerb grundlegender Kompetenzen sowie die sprachliche Bildung spielt dabei eine besondere Rolle. Zur Unterstützung werden Angebote aktivierender Elternarbeit ausgebaut, Familienzentren gegründet und Konzepte entwickelt, um die Zusammenarbeit von Schule, Elternhaus und Jugendhilfe zu intensivieren. Nun gilt es, die konsequente Umsetzung dieser Rahmenpläne und Einhaltung der Qualitätsstandards durch die jeweiligen Bildungsträger zu überprüfen und den Eltern mittels eines unbürokratischen und leicht verständlichen Gütesiegelssystems eine Orientierungshilfe zu verschaffen.

³ Insbesondere der Fachkraft-Kind-Relation

Gerade weil Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern besonders von der systematischen Förderung im Rahmen der Kindertagesbetreuung profitieren muss innerhalb der entsprechenden Milieus für die Bildungseinrichtung „Kindertagesstätte“ geworben werden. Viele Zuwanderungsfamilien mit traditioneller Rollenverteilung sehen derzeit keinen Vorteil in einer (häufig sogar beitragsfreien) Kita-Anmeldung. Will man Kindern den Weg in die Schule ebnen, dann muss sich dieses Bewusstsein ändern. Das mit dem Metropolis-Award ausgezeichnete Neuköllner Stadtteilmütterprojekt zeigt, wie dies gelingen kann. Multiplikatoren, in diesem Fall meist arabische oder türkische Mütter, werden geschult und suchen den Kontakt zu betroffenen Familien, beraten diese und bieten Hilfestellungen an⁴. Interessanterweise rekrutieren sich die Stadtteilmütter häufig wieder aus den Kreisen, die vormals durch diese Projektarbeit gefördert wurden. Der Erfolg spricht für sich. Infolge des Stadtteilmütterprojekts konnte ein deutlicher Anstieg der Kita-Anmeldungen aus Familien mit türkischen und arabischen Hintergrund verzeichnet werden.

Kinder müssen schon von der ersten Unterrichtsstunde an in der Lage sein, dem Unterricht zu folgen. Deswegen gilt es, sprachliche Defizite möglichst früh festzustellen und durch eine gezielte Förderung zu beheben. Eine zentrale Rolle kommt dabei einer frühzeitigen und verbindlichen Sprachstandsfeststellung zu. Kultusministerkonferenz (KMK) und Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) haben im Sommer 2009 einen Beschluss⁵ herbeigeführt, der dies vorsieht. Mit einem adäquaten zeitlichen Vorlauf zum Einsetzen der Schulpflicht soll das Sprachvermögen der Kinder untersucht werden, um im Bedarfsfall reagieren zu können. Bislang wurde ein solches Verfahren auch in allen Bundesländern - mit Ausnahme Thüringens - implementiert⁶. Es bleibt jedoch weiterhin zu beanstanden, dass die sich an die Diagnose anschließenden Fördermöglichkeiten noch unzureichend sind, um dem gesetzten Anspruch gerecht zu werden. Deswegen ist

⁴ Ähnliche Erfolge weist das Opstapje-Projekt auf, das vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) wissenschaftlich evaluiert wird. Opstapje erhielt von der Klaus J. Jacobs Foundation den Best Practise Award 2010. Das Programm richtet sich vorrangig an bildungsbenachteiligte Familien, an Familien in schwierigen Lebenslagen sowie an Familien mit Migrationshintergrund. Das Programm findet im Wesentlichen zu Hause statt, damit auch Familien erreicht werden, die andere Angebote der Familienbildung und Erziehungshilfe nicht in Anspruch nehmen.

⁵ Den Übergang von der Tageseinrichtung für Kinder in die Grundschule sinnvoll und wirksam gestalten – Das Zusammenwirken von Elementarbereich und Primarstufe optimieren; KMK-Beschluss vom 18.06.2009.

⁶ Hierzu: „Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung im Kindergarten sowie beim Übergang in die Schule“ (2010), Deutsches Jugendinstitut.

der Einsatz der Bundesregierung, bis zu 4.000 Einrichtungen zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ auszubauen nachdrücklich zu begrüßen.

Die KMK hat den Beschluss gefasst, auf eine verstärkte Verschränkung zwischen den Bereichen Kindertagesbetreuung und Schule hinzuwirken. Leider ist von einer echten Verzahnung der Bildungsbereiche bislang noch wenig festzustellen. Doch gerade an dieser künstlichen Bruchstelle im Bildungsverlauf⁷ häufen sich die Probleme für Kinder aus problembehafteten sozialen Milieus. Es wäre sehr viel gewonnen, wenn Lehrerinnen und Lehrer, gerade im Zusammenhang mit einer gezielten Sprachförderung, die Arbeit der Kindertagesstätte systematisch unterstützen könnten. Ähnliches gilt für den Einsatz von Erzieherinnen und Erziehern an Grundschulen. Die Dokumentation des Bildungsweges des Kindes, die erzielten Fortschritte – aber auch Rückschläge – darf nicht an der Schwelle zur Grundschule verloren gehen. Vielmehr ist auf eine geregelte Übergabe hohen Wert zu legen.

Schule

Die deutsche Schullandschaft steht vor einem Paradigmenwechsel. Mit der Selbstverpflichtung Deutschlands, eine inklusive Pädagogik zu verfolgen, muss konsequenterweise auch eine Neuausrichtung der Schulorganisation angestrebt werden. Denn Inklusion setzt voraus, dass sich die jeweilige Schule dynamisch an die Förderbedürfnisse der ihr anvertrauten Schüler (ob mit geistiger oder körperlicher Behinderung, bis hin zu Hochbegabten) anpasst. Ändert sich die Zusammensetzung der Schülerschaft muss auch die Schule kurzfristig darauf reagieren. Nur so können auch gefährdete Schülerinnen oder Schüler nach konkretem Förderbedarf unterstützt, die Standards gehalten und die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss minimiert werden. Dieses Prinzip erfordert jedoch die Abkehr von einem System der zentral ausgerichteten Schulsteuerung. Damit die inklusive Schule gelingt, müssen wir die schulische Eigenverantwortung und Selbststeuerung gezielt unterstützen, für die Weiterbildung von Lehrkräften bis hin zur Entschlackung der schulbürokratischen Vorgaben sorgen.

⁷ Die nicht zuletzt den häufig unterschiedlichen Ressortzuständigkeiten von Jugend- und Bildungsministerien und der unterschiedlichen Fördersystematik geschuldet ist.

Die Schule muss sich gegenüber der Arbeitswelt öffnen. Gerade an Schulen, die traditionell den Brückenschlag zum System der beruflichen Bildung darstellen, muss die Berufsorientierung noch sehr viel stärker betont werden. Betriebserkundungen, Praktika und Bewerbertraining müssen ebenso eine Rolle spielen wie die Ausrichtung der Lehrinhalte und Themen, die die Bedeutung der Wirtschaft und Technik in den Mittelpunkt rücken. Dabei sollen nicht nur vermeintlich Lernschwache für eine betriebliche Ausbildung gewonnen werden, sondern auch Leistungsstarke. Viele Bundesländer beschreiten mit Konzepten wie „Duales Lernen“ (Berlin), „Praxisklassen“ (Bayern) oder „Schule und Betrieb“ (Hessen) diesen Weg bereits erfolgreich. Die Öffnung der Schule gegenüber der Arbeitswelt wird gefördert und lokale Netzwerke, die Schulen, Betriebe, Jugendhilfe und regionale Freizeiteinrichtungen miteinander verknüpfen, können sich dauerhaft herausbilden. Die Ableistung der Schulpflicht kann streckenweise aus der Schule herausverlagert werden, das Lernen im Unterrichtskontext gelöst, und die Motivation vieler Schüler dadurch wieder gesteigert werden. Der Wechsel der Lernarrangements, weg vom klassischen Unterricht, ist vielfach vom Erfolg gekrönt. Das zeigt nicht zuletzt der Umstand, dass etwa die Hälfte der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss, den Abschluss im Zuge der beruflichen Qualifizierung nachholt.

Eine erfolgreiche Berufsorientierung beinhaltet für uns an den zur Hochschulreife führenden Schulen auch eine breite Studienorientierung. Dabei sollte besonders auf die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) ein Schwerpunkt gelegt werden. Jugendliche in einer betrieblichen Ausbildung sollten zudem frühzeitig über die Entwicklungschancen informiert werden, die Weiterbildung eröffnet. Durch eine noch bessere Verzahnung und einfachere Übergänge zwischen den Bildungssystemen wollen wir die Attraktivität der beruflichen Bildungsabschlüsse weiter steigern.

Im Rahmen eines bedarfsorientierten Ausbaus von schulischen Ganztagsangeboten müssen Schulen ihr Leistungsspektrum sukzessive ausweiten. Gemeinsam mit Vereinen, Musikschulen und weiteren Kooperationspartnern sollen sie Schülerinnen und Schülern neben herkömmlichen Förderangeboten eine breite Palette an kulturellen Betätigungsfeldern, aber auch Sport- und Freizeitaktivitäten zur Auswahl unterbreiten. Gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen oder sozial

schwachen Milieus, die ansonsten kaum von außerschulischen Trägern der kulturellen Bildung oder des Vereinswesens erreicht werden, können von einem solchen klassisch „bildungsbürgerlichen“ Angebot enorm profitieren. Diejenigen Elternhäuser, die ohnehin schon auf das reichhaltige Angebot von Sportvereinen, Musikschulen oder Aktivitäten von der Jugendfeuerwehr bis hin zu den Pfadfindern zugreifen, werden durch solche Kooperationen wesentlich entlastet, da Planung, Anfahrten und Abholung durch die Erziehungsberechtigten entfallen. Schließlich profitieren die außerschulischen Träger, da sie ihren Einzugskreis erweitern und die schulische Infrastruktur nutzen können.

Bildungsaufstieg setzt voraus, dass die erzielten Abschlüsse belastbar sind. Ansonsten führen Bildungszertifikate in die Sackgasse. Deswegen benötigen wir, ähnlich wie bereits für den mittleren Schulabschluss von der KMK implementiert, einen bundesweit gültigen Standard für den Hauptschulabschluss. Es muss sichergestellt sein, dass sich die für den weiteren Ausbildungsweg benötigten Kompetenzen und Fertigkeiten im Anforderungsprofil für die Zertifizierung der Hauptschulbildung wiederfinden. Zudem weist Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm auf die erheblichen Unterschiede bei der Vergabe des Hauptschulabschlusses zwischen Bundesländern und selbst innerhalb einzelner Länder hin⁸. Die unterschiedlichen Maßstäbe, die bei der Vergabe des Hauptschulabschlusses angelegt werden, entsprechen nicht dem Gebot der Chancengerechtigkeit, unterwandern das Leistungsprinzip und schaffen ein hohes Maß an Frustration bei den Betroffenen.

Ein differenziertes Schulsystem birgt die Chance, sehr viel stärker auf die Neigungen, persönlichen Ziele und Berufswünsche der Schüler eingehen zu können, als dies in einem homogenisierten Lernumfeld möglich wäre. Die Konzentration der Zweige der allgemeinschulischen Bildung auf die Anschlussfähigkeit im System der beruflichen Ausbildung einerseits oder den Anforderungen des Hochschulwesens andererseits ist daher folgerichtig. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass Bildungswege nicht fest zementiert werden. Übergänge von einem auf einen anderen Bildungspfad müssen stets möglich bleiben, gerade wenn die persönliche Entwicklung und die subjektive Leistungsfähigkeit einen solchen Wechsel nahelegen. Um den

⁸ „Jugendliche ohne Hauptschulabschluss – Analysen, Regionale Trends, Reformansätze“(2010).

Bildungsaufstieg zu beflügeln, benötigen wir zahlreiche Kreuzungen, auf denen der Bildungspfad gewechselt werden kann.

Übergangssystem

Von den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss erhält nur etwa ein Fünftel einen Ausbildungsplatz im Dualen System. Der Rest muss mit Qualifizierungsmaßnahmen im „Übergangssystem“ vorlieb nehmen. Für Abgänger mit Mittlerem Schulabschluss verbessern sich die Chancen dagegen erheblich. Deren Anteil liegt bei ca. 50 Prozent, ein weiteres Viertel absolviert eine Ausbildung im Schulberufssystem. Diese Aufschlüsselung zeigt, dass uns daran gelegen sein muss, unseren Nachwuchs zur Erlangung eines möglichst hochwertigen Schulabschlusses zu motivieren. Gleichzeitig sollten wir uns dafür einsetzen, dass eine Nachholung der entsprechenden Abschlüsse („Zweite Chance“) jederzeit möglich bleibt. Dabei sind die zahlreichen Maßnahmen im Übergangssystem auf ihre Effektivität zu überprüfen und auf eine überschaubare Größenordnung zusammenzuführen. Es ist sicherzustellen, dass die Zielsetzung der sog. „Ausbildungsreife“, der Befähigung zum Einstieg in die berufliche Qualifizierung erreicht werden kann. Maßnahmenkarrieren und Endlosschleifen im System sind nicht nur kostspielig sondern für die Beteiligten in hohem Maße frustrierend und führen häufig zu Resignation und einer grundsätzlichen Verweigerungshaltung.

Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung spielt mit Blick auf den Bildungsaufstieg und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine besonders herausragende Rolle. Sie garantiert berufliche Qualifikation auf höchstem Niveau. Das Erfolgsrezept besteht in der Verankerung in der beruflichen Praxis. Der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fällt jungen Absolventinnen und Absolventen einer betrieblichen Ausbildung dadurch verhältnismäßig leicht, gerade im Vergleich mit Ländern, in denen rein schulische Ausbildungen dominieren. Dementsprechend liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland (23,5%) oder Schweden (26,9%) deutlich über dem Deutschen Niveau von 10,1%⁹.

⁹ Eurostat, Dezember 2009.

Die Berufsbildungsberichterstattung¹⁰ weist darauf hin, dass sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt umgekehrt hat. Während noch vor wenigen Jahren Ausbildungsplätze Mangelware waren verzeichnen wir heute einen zunehmenden Bedarf an Auszubildenden. Der erfolgreiche Ausbildungspakt zwischen Politik und Wirtschaft muss daher in seiner Zielrichtung angepasst und verlängert werden. Hierfür sind durch das Wirtschaftsministerium bereits die Weichen richtig gestellt worden.

Wir haben uns in der Vergangenheit, gemeinsam mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, dafür ausgesprochen, den Erwerb von beruflichen Abschlüssen durch breitbandige flexible Ausbildungsberufe zu unterstützen. Eine kompetenz-, werte- und zielorientierte Ausbildung, die eine umfassende und flexible berufliche Handlungsfähigkeit ermöglicht, ist weiterhin als Leitbild der Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland zu betrachten. Dabei ist die Beibehaltung des Berufsprinzips zu gewährleisten. Auch nach Einführung breitbandiger flexibler Ausbildungsberufe muss die Berufsausbildung die Basis für ein erfolgreiches Berufsleben bilden und zugleich Startschuss für das lebenslange Lernen in der Arbeitswelt sein. Der beruflichen Fort- und Weiterbildung muss dabei besondere Aufmerksamkeit zukommen. Um an das internationale Niveau aufschließen zu können, sind wirksame Instrumente zu entwickeln, die eine berufsbegleitende Weiterbildung in „kleinen Portionen“ ermöglichen.

Zudem scheint es notwendig, Jugendlichen mit geringer Perspektive mittels der Durchbrechung geschlechtsspezifischer Stereotypen zusätzliche Chancen zu eröffnen. Eine Erweiterung des Berufswahlspektrums bietet gerade Jungen und jungen Männern neue Möglichkeiten. Die zuständigen Träger im Bereich von Bildung und Berufsorientierung werden künftig ihre Bemühungen noch intensivieren müssen, um Jungen und junge Männer für Berufsfelder zu begeistern, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind, z.B. für erzieherische und pflegerische Berufe. Ähnliches gilt für Mädchen und Frauen mit Blick auf die sog. MINT-Berufe.

Schließlich ist die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und Bildungsteilbereichen dringend zu erhöhen. In diesem Sinne ist die Verzahnung von

¹⁰ Hierzu: Berufsbildungsbericht 2010, BMBF.

Aus-, Weiter- und Hochschulbildung zu unterstützen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung verstärkt darauf aufmerksam gemacht werden, dass bundesweit Möglichkeiten zur Aufnahme eines Studiums ohne die Voraussetzung der allgemeinen Hochschulreife existieren. Bildungssackgassen darf es nicht länger geben.

Hochschule

Die Aufnahme eines Studiums zahlt sich in mehrfacher Hinsicht aus. Berufliche Entwicklungschancen und Perspektiven sowie auch Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe sind in der heutigen Wissensgesellschaft maßgeblich an das Vorhandensein höherer Bildungsabschlüsse und Qualifikationen geknüpft. Die Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass Hochschulabsolventen deutlich seltener durch Armut oder Arbeitslosigkeit bedroht sind als die Vergleichspopulation¹¹. Gleichzeitig ist die Aussicht auf ein höheres Einkommen wesentlich größer¹². Der Bildungsbericht 2008 hält in diesem Sinne fest, dass „ein höherer Bildungsabschluss nicht nur mit Vorteilen im Beschäftigtenstatus verbunden [ist], sondern in der Regel auch mit einer günstigeren Einkommenssituation. [...] Für Deutschland liegt der relative Verdienst mit einem Abschluss im Tertiärbereich etwa um die Hälfte höher als mit einem Abschluss des Sekundärbereichs II. Eine geringere Einkommensdifferenz zeichnet sich zwischen Erwerbspersonen mit einem Abschluss unterhalb des Sekundärbereichs II im Vergleich zu jenen mit einem Abschluss im Sekundärbereich II ab.“

Gerade weil die Hochschulausbildung eine recht erfolgreiche Absicherung vor Armut und Arbeitslosigkeit ist, darf sie nicht an der finanziellen Situation des oder der Einzelnen scheitern. Um ein Studium für Personen aus finanzschwachen Haushalten noch attraktiver zu machen, haben wir die Förderung über das BAföG verbessert und sind dabei, parallel zum Angebot der Begabtenförderungswerke, ein Stipendiensystem „Deutschlandstipendium“ aufzubauen. Dieses ist BAföG-anrechnungsfrei und gerade deswegen für Menschen mit BAföG-Förderanspruch besonders attraktiv.

¹¹ Der Anteil von Armut betroffener Akademiker liegt bei 8%, die Arbeitslosenquote gerade einmal bei 2 – 3 Prozent („Absolventenpanel 2001“, HIS GmbH 2008).

¹² „Leben in Europa“, Statistisches Bundesamt 2006.

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass zugangsfreie Fernstudiengänge, die berufsbegleitend wahrgenommen werden können, nach dem Muster der „OpenUniversity“, aufgebaut und gefördert werden. Diese bieten Menschen die Möglichkeit, den beruflichen Aufstieg neben Werkätigkeit und Familie zu verfolgen und sich bessere Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen. Zudem kann dadurch ein Beitrag geleistet werden, dass gerade in Bereichen mit einem hohen Qualifizierungsbedarf, wie der Fröhpädagogik oder dem Gesundheitswesen, der Fachkräftebedarf gesichert werden kann.

Bildungsgutscheine und Subjektförderung

Die FDP will sicherstellen, dass bereitgestellte Mittel dort ankommen, wo sie gebraucht werden und spricht sich deswegen für direkte Investitionen in die Bildungsinfrastruktur sowie die Zweckbindung von Leistungen per Gutschein aus. Dabei können wir auf positive Erfahrungswerte mit Bildungsgutscheinen zurückblicken. Diese werden bereits jetzt bei der Finanzierung der Kindertagesbetreuung (Berlin, Hamburg) und im Bereich der Weiterbildung (Weiterbildungsprämie) großflächig eingesetzt. Ferner kommen Gutscheine auf regionaler Ebene (Stuttgart) im Bereich der Kinder- und Jugendbildung zum Tragen. Ihr Erfolg beruht darauf, dass sie eine Zweckbindung der zur Verfügung gestellten Mittel vorsehen, innerhalb des Verwendungsspektrums jedoch Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen. Sie verhindern Missbrauch ohne zu bevormunden.

Bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen muss darauf geachtet werden, dass keine künstlichen Grenzen gezogen werden. Es ist sicherzustellen, dass keine Förderlücken entstehen. Deswegen muss ein Gutscheinsystem inklusiv gestaltet sein, grundsätzlich allen Kindern und Jugendlichen offenstehen. Innerhalb dieses Systems kann und sollte die öffentliche Hand Schwerpunkte setzen und junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf gezielt unterstützen. Dadurch kann benachteiligten Kindern und Jugendlichen ein gerechtes Aufwachsen ermöglicht und der Bildungsaufstieg erleichtert werden. Für einen weiteren Ausbau sollte ein solches Gutscheinsystem überdies anschlussfähig gestaltet sein.